

Diermeier, Matthias; Niehues, Judith; Sultan, Samina

Research Report

Europa wählt: Wen interessiert's und warum? Einstellungen der Deutschen zur EU-Wahl und Europapolitik

IW-Report, No. 29/2024

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Diermeier, Matthias; Niehues, Judith; Sultan, Samina (2024) : Europa wählt: Wen interessiert's und warum? Einstellungen der Deutschen zur EU-Wahl und Europapolitik, IW-Report, No. 29/2024, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/298844>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europa wählt: Wen interessiert's und warum?

Einstellungen der Deutschen zur EU-Wahl und Europapolitik

Matthias Diermeier / Judith Niehues / Samina Sultan

Köln, 07.06.2024

IW-Report 29/2024

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Dr. Matthias Diermeier

Leiter Kooperationscluster Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft

diermeier@iwkoeln.de

0221 – 4981-605

Dr. Judith Niehues

Leiterin des Clusters Mikrodaten und Verteilung

niehues@iwkoeln.de

0221 – 4981-768

Dr. Samina Sultan

Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel

sultan@iwkoeln.de

0221 – 4981-312

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Juni 2024

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 EU-Wahl im Zeichen der Zeitenwende	5
2 Daten und Methodik	5
3 Befragungsexperiment zur Relevanz der EU-Wahl	7
4 Einstellungen zur Europapolitik	12
5 Fazit	18
6 Abstract	20
Abbildungsverzeichnis	21
Literaturverzeichnis	22
Anhang	23

JEL-Klassifikation

C93 - Feldversuche

D04 - Mikroökonomische Politik: Erarbeitung, Ausführung, Bewertung

D72 - Politische Prozesse: Rent-Seeking, Lobbyismus, Wahlen, Legislative und Wahlverhalten

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie zeigt auf Basis der IW-Personenbefragung 2024, dass rund 62 Prozent der Deutschen die Wahl des Europäischen Parlaments für wichtig halten. Dies ist das Ergebnis unter rund 5.200 Befragten. Der Anteil liegt damit in etwa so hoch wie die Wahlbeteiligung im Jahr 2019. Die Empfindung für diese Relevanz kann um rund 6 Prozentpunkte gesteigert werden, wenn die Befragten über den Einfluss der Europäischen Union (EU) auf die deutsche Gesetzgebung informiert werden, und sogar um rund 8 Prozentpunkte, wenn zusätzlich noch ein konkretes Gesetz (Abschaffung der Roaming-Gebühren) genannt wird. Mit einer Information über die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes für die deutsche (Export-)Wirtschaft steigt die empfundene Relevanz der Europawahl auf knapp über 70 Prozent, ein Plus von 8,6 Prozentpunkten. Wenn zusätzlich noch darauf hingewiesen wird, dass Millionen deutsche Arbeitsplätze auf den europäischen Binnenmarkt zurückzuführen sind, steigt der Effekt auf 9,6 Prozentpunkte. Die Informationen wirken in allen Parteienanhängerschaften positiv auf die Bedeutungszumessung der Europawahl. Auffällig ist, dass die ökonomischen Argumente besonders bei der FDP-Anhängerschaft wirken, wohingegen der Hinweis auf das politische Gewicht der EU bei der Anhängerschaft der Linken verfängt. Die Befunde lassen vermuten, dass sowohl die Bedeutung der EU auf die deutsche Gesetzgebung als auch auf die Wirtschaft unterschätzt wird. Würden diese Informationen die Wahlberechtigten erreichen, könnte dies die Bedeutung, die der Europawahl zugemessen wird, vergrößern. Dies ist insofern relevant, da die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte explizit angeben, nicht an der Europawahl teilnehmen zu wollen steigt, wenn sie diese als unwichtig einschätzen. Im Umkehrschluss könnte es für die Erhöhung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl förderlich sein, gezielt über den Einfluss der EU zu informieren. Um diese Befunde zu erhärten, sollten weitere Forschungsarbeiten den langfristigen Effekt der Informationsdissemination in den Fokus nehmen.

Befragt nach der Zukunft der EU zeichnet sich in der Gesamtschau zwar ein klares Bekenntnis zur EU ab, gleichzeitig geht aus den Befragungsergebnissen eine gewisse Veränderungsresistenz hervor. Deutliche Ablehnung (69 Prozent) gibt es für einen „DEXIT“, gleichzeitig findet sich aber auch keine eindeutige Mehrheit für eine Stärkung der Kompetenzen, die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten, oder eine bessere finanzielle Ausstattung der EU. Der Blick in die Parteienanhängerschaften zeigt die tiefverankerte Europaskepsis der AfD-Anhängerschaft: Als einzige neigt sie mehrheitlich (53 Prozent) einem „DEXIT“ zu und nur ein geringer Anteil (13 Prozent) hat das Gefühl, die Politik in Brüssel mitbestimmen zu können. Sympathisanten von Freien Wählern und vom BSW sehen zwar eine stärkere finanzielle Beteiligung Deutschlands an der EU besonders kritisch, einen Austritt aus der EU lehnen sie aber mit überwältigender Mehrheit ab. Als Kontrastfolie bildet sich die proeuropäische Anhängerschaft der Grünen heraus. Auch hier besteht allerdings keine Mehrheit für einen stärkeren finanziellen Beitrag Deutschlands an den europäischen Haushalt.

Passend zu den großen Unterschieden zwischen den Wählerschaften belegen Regressionsanalysen, dass die politischen Einstellungen zu den strittigen Politikfeldern Migration, Klimawandel, Umverteilung und Russland-Sanktionen wichtige Prädiktoren für die Einstellungen gegenüber der europäischen Integration darstellen. Menschen, die sich für mehr Umverteilung, eine verstärkte Klimapolitik, striktere Russland-Sanktionen und eine liberalere Zuwanderungspolitik aussprechen, ordnen sich eher dem integrationsfreundlichen Lager zu. Mit Blick auf sozio-demografische Charakteristika sind Ältere, Menschen aus dem ländlichen Raum sowie Menschen, die sich eher niedrigen sozialen Schichten zuordnen, seltener für eine Stärkung der EU. Die sozio-demografischen Merkmale liefern jedoch einen merklich geringeren Erklärungsbeitrag für die beobachtete Varianz in den Einstellungen zur Europapolitik als subjektive Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Demokratie und den abgefragten Politikfeldern.

1 EU-Wahl im Zeichen der Zeitenwende

Es sind spannungsreiche Zeiten für die Europäische Union (EU). Zum einen wird sie durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft von außen gefährdet. Zum anderen setzen ihr die internen Fliehkräfte durch den Aufstieg der euroskeptischen Kräfte, insbesondere vom rechten Rand, zu, die die Konzeption der liberalen Demokratie, auf der die EU fußt, teils offen in Frage stellen. In dieser Gemengelage steht die Wahl des Europäischen Parlaments (EU-Wahl) an. Sie steht somit auch im Zeichen der Zeitenwende.

In Deutschland sind die Wählerinnen und Wähler am 9. Juni zur Stimmabgabe aufgerufen. Bei der letzten EU-Wahl 2019 hat die Wahlbeteiligung in Deutschland mit rund 61 Prozent die Mobilisierung bei den letzten fünf EU-Wahlen übertroffen. Auch EU-weit hat es im Jahr 2019 mit 50,1 Prozent der Wahlberechtigten deutlich mehr Menschen an die Wahlurnen getrieben als bei vormaligen Europawahlen. Das ist insofern relevant, als das demokratische Wahlen – und damit auch die daraus hervorgehenden Regierungen – ihre Legitimität mit hin daraus ziehen, dass eine möglichst breite Mehrheit der Wählerschaft partizipiert. Die Frage bei der nun anstehenden Wahl ist, ob die Mobilisierung wieder so stark – oder gar noch stärker – ausfällt, und welche Parteienhängerschaften mit welchen Argumenten für eine Wahl angesprochen werden können.

Neben der grundsätzlichen Bedeutungszumessung der EU-Wahl stellt sich die Frage, welche konkreten Vorstellungen mit der EU verbunden werden, und in welche Richtung sie sich aus Perspektive der Wählerschaft künftig entwickeln soll. Wie groß ist die Gruppe, von der die EU fundamental abgelehnt wird und die der Forderung nach einem „DEXIT“ zuneigt? Zu welchen Anteilen besteht die Wählerschaft aus EU-Integrationsbefürwortern, die der EU mehr Kompetenzen zuzubilligen und sie mit mehr finanziellen Ressourcen auszustatten möchten? Und wie polarisiert sind die Parteienhängerschaften in diesen Fragen?

Anlässlich der EU-Wahl wurde in der IW-Personenbefragung 2024 ein Fragenblock aufgenommen, der die Bedeutung der Wahl des Europäischen Parlaments und der Europapolitik thematisiert. Im folgenden Abschnitt wird diese Datengrundlage genauer erläutert. Der dritte Abschnitt widmet sich der Frage nach der Relevanz der aktuellen EU-Wahl, und wie diese Relevanz durch die Bereitstellung von Informationen beeinflusst werden kann. Welche Vorstellungen und Einschätzungen zur EU bestehen, ist Thema des vierten Abschnitts. Abschließend wird ein Fazit gezogen.

2 Daten und Methodik

Die Auswertungen basieren auf der zweiten Welle der IW-Personenbefragung (vgl. Diermeier et al., 2023), die im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft über das Online-Access-Panel von Bilendi & respondi zwischen dem 26. April 2024 und dem 8. Mai 2024 durchgeführt wurde. Im Rahmen der Online-Befragung haben 5.437 Menschen ab 18 Jahren Frageblöcke zu verschiedenen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen beantwortet. Die Befragungsdauer betrug im Median 22 Minuten. Die Befragung wurde in den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie monatlichen Haushaltsnettoeinkommen entsprechend der Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamts sowie gemäß der repräsentativen Verteilung des Mikrozensus 2023 quotiert. Nach Bereinigung um Fälle mit sehr geringer Befragungsdauer (unter 13 Minuten) in Kombination mit fehlender Variation in den Antworten verbleibt zunächst eine Stichprobe mit 5.350 Antworten.

Bei Online-Access-Panels gilt es zu beachten, dass Befragte nicht aus einer Zufallsstichprobe generiert werden, sondern online um potenzielle Teilnehmer geworben wird. Durch diese Vorgehensweise beschränkt sich die Grundgesamtheit der Befragten auf Menschen mit Internet-Zugang, der insbesondere unter Älteren geringer ausgeprägt ist.¹ Zwar sind die über 65-Jährigen ihren Bevölkerungsanteil entsprechend abgebildet, innerhalb dieser Gruppe sind die Älteren jedoch unterrepräsentiert. Deskriptive Statistiken der Schulabschlüsse zeigen zudem, dass in der vorliegenden Stichprobe Befragte mit einer Hochschulzugangsberechtigung überrepräsentiert, solche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss unterrepräsentiert sind. Aufgrund von Selektionseffekten bei Befragungen ist ein Bildungs-Bias nicht untypisch und zeigt sich beispielsweise auch als Ergebnis der Zufallsauswahl der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Auch weist die Stichprobe eine deutliche Unterrepräsentation von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf. Da aufgrund der geringen Beobachtungszahl keine belastbaren Aussagen über diese Teilgruppe getroffen werden können und die Antworten auch keine Differenzierung nach EU-Staatsangehörigkeit erlauben (und somit einer möglichen Wahlberechtigung für die Europawahl), bleibt diese Teilgruppe in der vorliegenden Analyse unberücksichtigt. Die finale Stichprobe für die vorliegende Analyse umfasst schließlich 5.228 Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Bei Access-Panels gilt es darüber hinaus zu beachten, dass sich hier verstärkt Befragte einbringen könnten, die ihre Meinung zu bestimmten Themen in Umfragen platzieren möchten. Bei den folgenden Ergebnissen gilt es somit stärker als bei Zufallsstichproben, eine mögliche Selektivität im Antwortverhalten der Befragten zu beachten.² Um die Robustheit der im vorliegenden Bericht dokumentierten Einstellungen zu untersuchen, wurden die Berechnungen jeweils auch mit unterschiedlichen Anpassungsgewichten durchgeführt, die beispielsweise die Verteilung der Schulabschlüsse und den Anteil der über 70-Jährigen gemäß Mikrozensus berücksichtigen sowie die Stichprobe gemäß Sonntagsfrage anpassen, die auf Zufallsstichproben basieren. Die Verwendung dieser unterschiedlichen Anpassungsgewichte führt zu keinen substantiellen Abweichungen von den im Folgenden dargestellten Ergebnissen. Da die Einstellungen der Befragungsteilnehmer in den Teilgruppen jedoch möglicherweise ein selektives Abbild der jeweiligen Grundgesamtheiten darstellen, ist unklar, ob eine Hochgewichtung spezifischer Merkmale etwaige Selektivitäten in unbeobachteten Merkmalen korrigieren kann (Fladmoe/Bergh, 2022). Die Ergebnisse im vorliegenden Bericht werden daher jeweils ungewichtet ausgewiesen. Darüber hinaus wird die Verteilung von Einstellungsmerkmalen in der Gesamtbevölkerung, sofern vorhanden, vor dem Hintergrund vergleichbarer Items in alternativen Befragungen eingeordnet.

Im Zentrum des vorliegenden Berichts sollen jedoch nicht Erkenntnisse zur Verteilung von Einstellungen in der Gesamtbevölkerung liegen, sondern wie sich Einstellungen nach bestimmten Merkmalen – beispielsweise nach politischen Präferenzen oder sozio-demografischen Charakteristika – unterscheiden. Insbesondere soll untersucht werden, wie sich unterschiedliche Informationen auf die Einstellungen zur Europawahl in fünf zufällig ausgewählten Teilstichproben der Gesamtbefragung auswirken. Bei experimentellen Forschungsdesigns zeigen sich für Nicht-Wahrscheinlichkeitsstichproben häufig ähnliche Ergebnisse wie auf Basis von Wahrscheinlichkeitsstichproben (Mullinix et al., 2015).

¹ Insgesamt waren im Jahr 2023 gut 5 Prozent der Menschen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren sogenannte „Offliner“, das heißt sie hatten nach Selbstauskunft noch nie das Internet genutzt (Statistisches Bundesamt, 2024). Am größten war der Anteil der „Offliner“ in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen mit rund 15 Prozent, gegenüber 2 Prozent unter den 16- bis 44-Jährigen.

² Gegenüber Face-to-Face-Umfragen und Telefoninterviews kann eine Online-Befragung wiederum den Vorteil haben, dass sozial erwünschtes Antwortverhalten geringer ausgeprägt ist.

3 Befragungsexperiment zur Relevanz der EU-Wahl

Unsere Befragung zeigt, dass es für das Mobilisierungspotenzial der Parteien essenziell ist, welche Bedeutung die Wählerinnen und Wähler der Europawahl überhaupt beimessen. Haben Menschen das Gefühl, die Europapolitik habe einen direkten Einfluss auf ihr Leben, tendieren sie eher dazu, die Wahl als wichtig(er) einzuschätzen. Ist das Gegenteil der Fall, halten sie die Wahl für weniger wichtig. Je unwichtiger die Wahl eingeschätzt wird, desto höher fällt wiederum die Wahrscheinlichkeit aus, dass Befragte explizit angeben, nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen. Begründet wird ein solcher Entscheid zur Wahlabstinenz besonders häufig mit politischer Enttäuschung (60 Prozent). An zweiter Stelle steht das Gefühl, politische Entscheidungen in Brüssel hätten keinen Einfluss auf das eigene Leben (18,5 Prozent). In den zugehörigen Freitextantworten reflektiert sich diese Enttäuschung beispielsweise in Aussagen wie: „Ich finde die Gesetzgebung in der EU größtenteils enttäuschend“ oder „Es spielt eh keine Rolle mehr was ich wähle. [...] Letztendlich wählen wir nur Parteien, die gegen unseren Willen entscheiden.“

Aufgrund der vergleichsweise schwachen institutionellen Position des Europäischen Parlaments kommt der Ergründung der niedrigen Wahlbeteiligung im Kontext der EU eine besondere Bedeutsamkeit zu. Schließlich haftete der EU grundsätzlich der Makel eines Demokratiedefizits an (Schäfer/Zürn, 2021). Zwar wird das Europäische Parlament gewählt, aber im Vergleich zur EU-Kommission stehen ihm weniger Kompetenzen zu. Beispielsweise hat es nicht das Recht, Gesetze zu initiieren. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Legitimität des Parlaments. Werden weniger Wahlberechtigte mobilisiert, schwächt das hingegen die Position der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. In der Folge könnte sich das Demokratiedefizit der EU, das sich aus einer schwachen Wahlbeteiligung ganz grundsätzlich ergibt (Heidenreich, 2022; Schäfer, 2015), verschärfen. In den Vordergrund rückt damit die Frage, weshalb der EU-Wahl keine große Bedeutung beigemessen wird, und wie man diese steigern könnte. Gezeigt werden konnte, dass die Bereitstellung von Informationen die Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen erhöhen kann (Lassen, 2005).

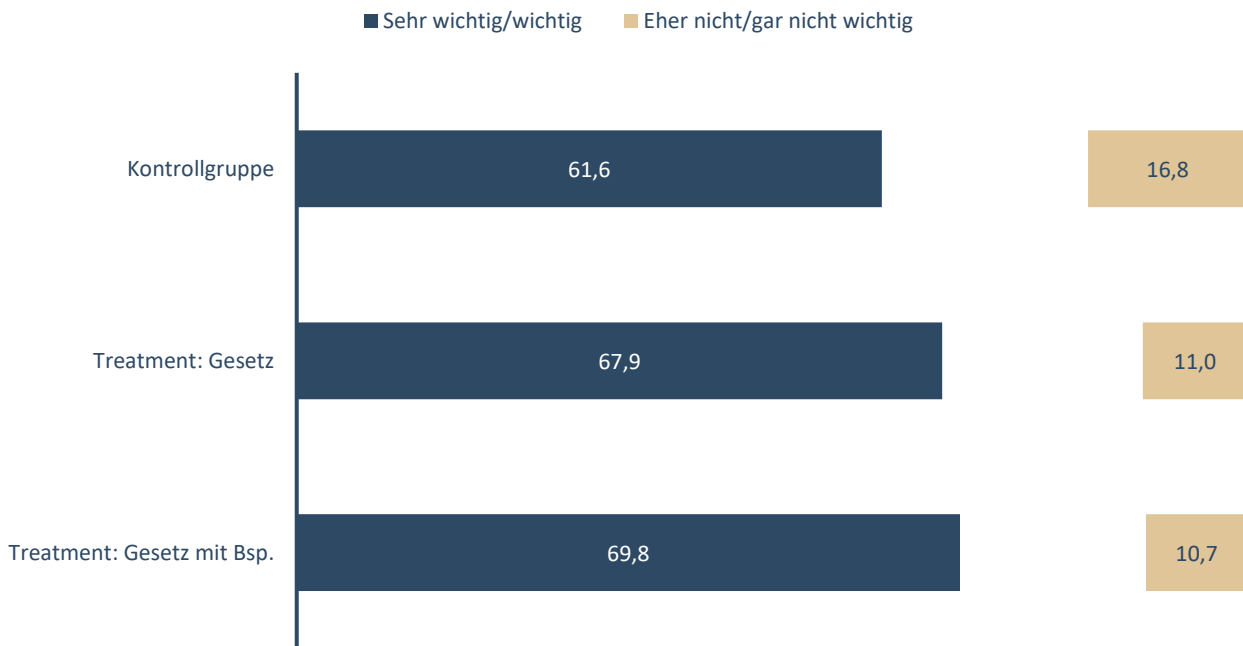
Im Falle der Europawahl besteht ein offensichtliches Spannungsfeld zwischen dem Desinteresse vieler Wahlberechtigten und der parallelen Kompetenzausweitung von EU und Europäischem Parlament auf Mitgliedstaaten und ihre Bewohnerinnen und Bewohner während der vergangenen Jahrzehnte. Die zunehmende Bedeutung der EU und des Europäischen Parlaments spiegelt sich zum einen darin, dass nach manchen Schätzungen rund 70 Prozent der deutschen Gesetze durch die europäischen Institutionen beeinflusst werden (Frankfurter Rundschau, 2019). Zum anderen werden über die Hälfte aller deutschen Exporte – im Wert von 860 Milliarden Euro – zollfrei in das EU-Ausland exportiert (Eurostat, 2024).

Um zu testen, inwieweit Menschen die große Bedeutung der EU auf nationale Gesetzgebungen und die Wirtschaft erfassen, und inwieweit Informationen darüber zu einer höheren Bedeutungszumessung bezüglich der anstehenden Wahl führen, wurde in die IW-Personenbefragung 2024 ein Befragungsexperiment integriert. Die Befragten wurden dazu randomisiert in fünf Gruppen eingeteilt und gefragt, für wie wichtig sie die Europawahl einschätzen. Einer Kontrollgruppe (N=1.057) wurde zu dieser Frage keine weitere Information vorgelegt. Eine erste Treatment-Gruppe (N=1.029) wurde über den Anteil der deutschen Gesetze informiert, die auf europäischer Ebene beeinflusst werden. Einer zweiten Treatment-Gruppe (N=1.033) wurde dieselbe Information vorgelegt mit dem beispielhaften Zusatz, dass das Entfallen von Handygebühren bei Gesprächen im EU-Ausland (Roaming-Gebühren) vor einigen Jahren auf eine EU-Initiative zurückging. Eine dritte Treatment-Gruppe (N=1.042) wurde darüber unterrichtet, dass die EU den Handel zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert und über die Hälfte der deutschen Exporte ins EU-Ausland gehen. Die letzte Treatment-Gruppe

(N=1067) erhielt eine wortgleiche Information und wurde zudem darüber unterrichtet, dass mehrere Millionen Arbeitsplätze in Deutschland direkt vom EU-Binnenmarkt abhängen.

Abbildung 3-1: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Gesetze“

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



Kontrollgruppe (N=1057): Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl ohne weitere Information; Treatment: Gesetz (N=1029): Information über Anteil der deutschen Gesetze, die durch europäische Gesetze beeinflusst werden; Treatment: Gesetz mit Bsp. (N=1033): Information über Anteil der deutschen Gesetze, die durch europäische Gesetze beeinflusst werden und konkretes Beispiel hierfür (Abschaffung Roaming-Gebühren); fehlende Angabe zu 100 Prozent: teils/teils.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.228)

Abbildung 3-1 zeigt den Effekt, den ein Unterrichten über den Einfluss der EU auf die Gesetzgebung in Deutschland hat. In der Kontrollgruppe geben 61,6 Prozent der Befragten an, die EU-Wahl für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ zu halten. Die Gruppe ist damit ähnlich groß wie die Zahl der Befragten, die sich im Jahr 2019 an der Europawahl beteiligt haben (61,4 Prozent).³ 16,8 Prozent der Befragten halten die Wahl zum Europäischen Parlament für „eher nicht wichtig“ oder „gar nicht wichtig“ (Rest: „teils/teils“). Werden die Befragten über die Bedeutung der EU auf die deutsche Gesetzgebung unterrichtet, wächst die Gruppe, die der Europawahl eine große Bedeutung zumisst, um 6,5 Prozentpunkte auf 67,9 Prozent. Werden diese Informationen mit dem Beispiel ergänzt, dass aufgrund von EU-Gesetzgebung die Abschaffung der Roaming-Gebühren beschlossen wurde, steigt der Anteil, der die Wahl für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ hält, sogar auf 69,8 Prozent. Die Gruppe, die die Wahl für „eher nicht wichtig“ oder „gar nicht wichtig“ hält, sinkt um 7,2 Prozentpunkte auf 9,6 Prozent.

³ Auch im Politbarometer Extra zur Europawahl geben 61 Prozent der Befragten an, ihr Interesse für die Europawahl sei „stark“ oder „sehr stark“ (ZDF, 2024); im ARD-DeutschlandTrend vom Mai 2024 sind es 62 Prozent (infratest dimap, 2024).

Abbildung 3-2: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Handel“

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



Kontrollgruppe (N=1057): Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl ohne weitere Information; Treatment: Handel (N=1042): Information über Handelserleichterung durch EU-Mitgliedschaft und Anteil der deutschen Güterexporte in die EU; Treatment: Handel mit Bsp. (N=1067): Information über Handelserleichterung durch EU-Mitgliedschaft und Anteil der deutschen Güterexporte in die EU sowie der damit verbundene Warenwert und Arbeitsplätze; fehlende Angabe zu 100 Prozent: teils/teils.

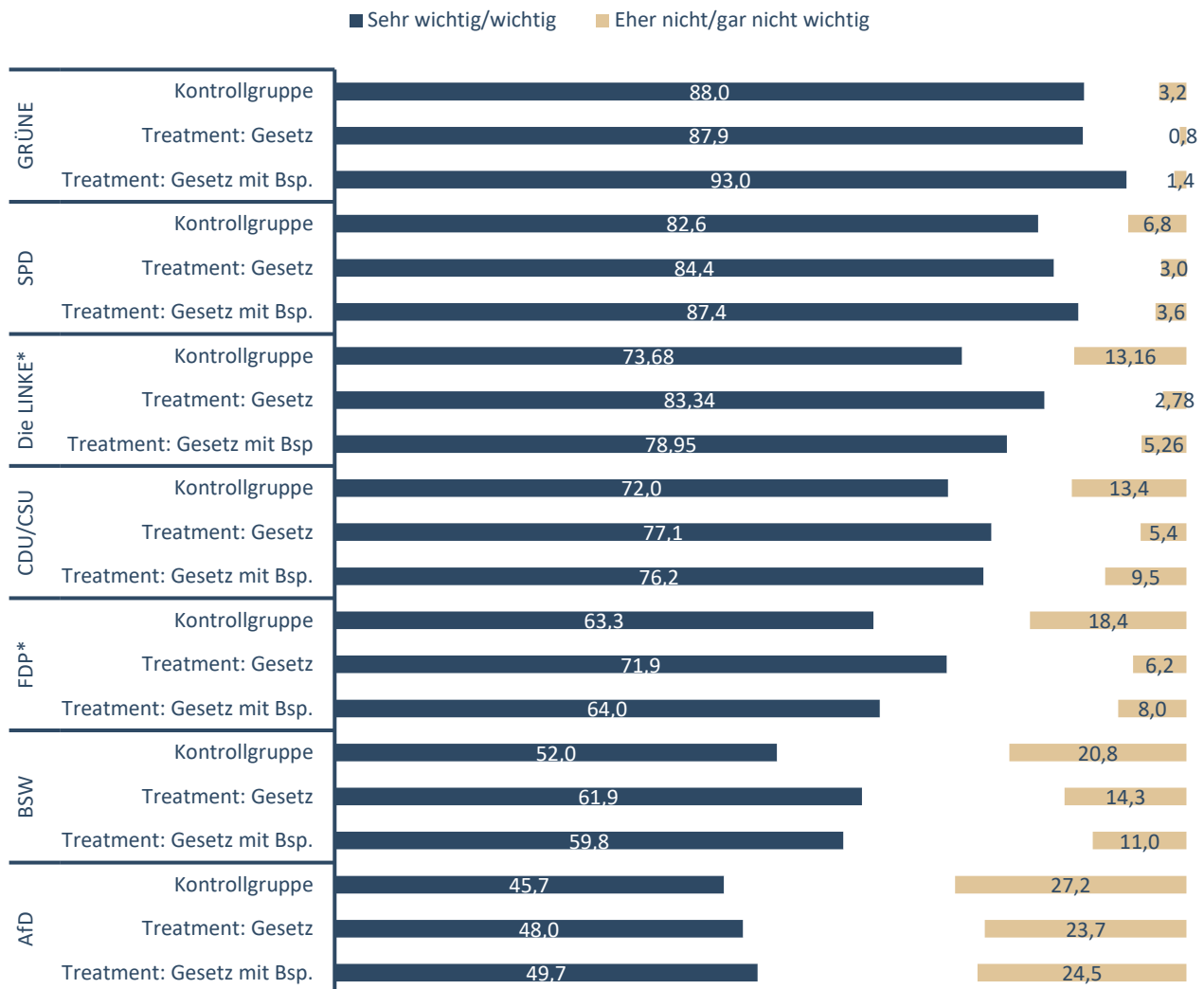
Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Abbildung 3-2 bildet den Einfluss auf die Bedeutungszumessung der Europawahl ab, wenn Befragten Informationen über die Wichtigkeit des EU-Binnenmarktes zur Verfügung gestellt werden. In der entsprechenden Treatment-Gruppe schätzen 70,2 Prozent (+8,6 Prozentpunkte) die EU-Wahl als „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ ein. Wird hinzugefügt, dass dieser Handel Millionen an Arbeitsplätzen in Deutschland garantiert, steigt der entsprechende Anteil auf 71,2 Prozent (+9,6 Prozentpunkte). Der Anteil derjenigen, die die EU-Wahl für „eher nicht wichtig“ oder „gar nicht wichtig“ halten, liegt in beiden Treatment-Gruppen bei unter 10 Prozent.

Die in Abbildung 3-1 und Abbildung 3-2 dargestellten Effekte sind statistisch signifikant auf einem 95-prozentigen Konfidenzintervall, auch wenn sozio-demografische Kontrollvariablen hinzugezogen werden. Dass die oben beschriebenen Informationen damit einen Einfluss auf die Einschätzungen der Befragten zur Europawahl haben, lässt vermuten, dass die deutsche Wahlbevölkerung sowohl die Bedeutung der EU auf die Gesetzgebung als auch auf die deutsche Wirtschaft unterschätzt. Die Bereitstellung eines konkreten Beispiels, welches den unmittelbaren Einfluss der EU auf das eigene Leben darstellt, kann die Bedeutung der EU-Wahl zusätzlich steigern. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass wenn die Menschen im Vorfeld der Europawahl besser über diese Punkte informiert wären, sie der Wahl eine größere Bedeutung zumessen würden.

Abbildung 3-3: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Gesetz nach Parteien“

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



*Die Ergebnisse für die LINKE und die FDP unterliegen aufgrund der geringen Fallzahl in den einzelnen Gruppen (N~50) einer hohen statistischen Unsicherheit; Kontrollgruppe: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl ohne weitere Information; Treatment: Gesetz: Information über Anteil der deutschen Gesetze, die durch europäische Gesetze beeinflusst werden; Treatment: Gesetz mit Bsp.: Information über Anteil der deutschen Gesetze, die durch europäische Gesetze beeinflusst werden und konkretes Beispiel hierfür (Abschaffung Roaming-Gebühren); fehlende Angabe zu 100 Prozent: teils/teils; BSW=Bündnis Sahra Wagenknecht.

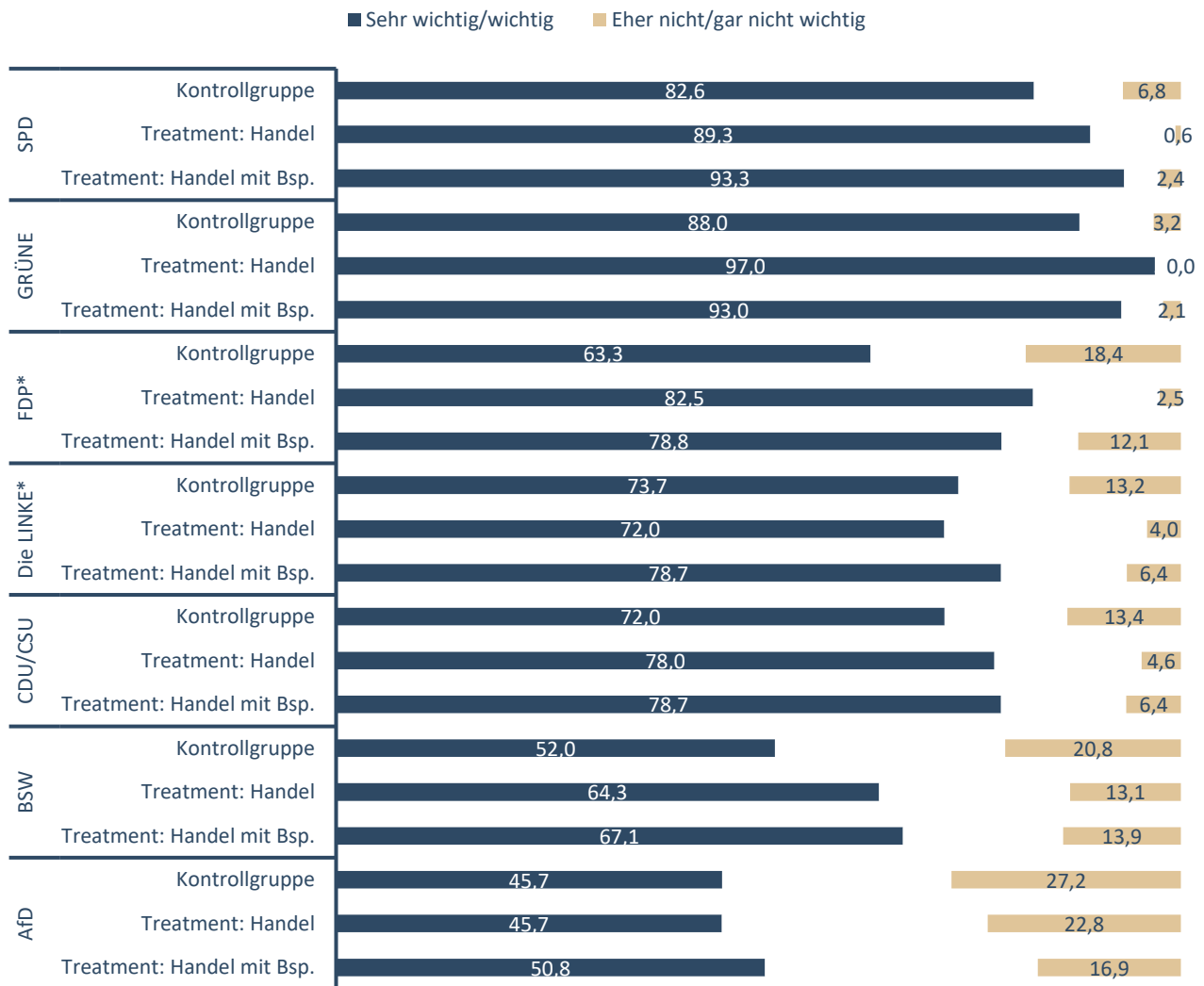
Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5.228)

Da in der IW-Personenbefragung ebenso abgefragt wurde, welche Partei bei der EU-Wahl die oder der Befragte voraussichtlich gedenkt zu wählen, können die Ergebnisse für das Befragungsexperiment auch nach Parteienpräferenz ausgewertet werden. Dabei zeigt sich, dass die Einschätzung der Bedeutung der EU-Wahl zwischen den einzelnen Partei-Anhängerschaften deutlich variiert. Wohingegen unter den grundsätzlich EU-integrationsfreundlichen Anhängern der Grünen 88 Prozent die Wahl für „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ halten, liegt der Anteil in der eher europaskeptischen AfD-Anhängerschaft lediglich bei 45,7 Prozent (siehe Abbildung 3-3). Trotzdem steigt in beiden Anhängerschaften der Anteil derjenigen, die der Wahl eine höhere Bedeutung zumessen, wenn sie über den Einfluss auf die deutsche Gesetzgebung anhand eines Beispiels unterrichtet wird (+5 Prozentpunkte bei den Grünen; +4 Prozentpunkte bei AfD). Gleichzeitig sinkt wie in allen Parteianhängerschaften der Anteil, der die Wahl als „eher nicht“ oder „gar nicht wichtig“ einschätzt. Unter

den BSW- (Bündnis Sahra Wagenknecht) und FDP-Anhängerinnen und -Anhängern betragen diese Unterschiede sogar 10 Prozentpunkte.⁴

Abbildung 3-4: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Handel nach Parteien“

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



*Die Ergebnisse für die LINKE und die FDP unterliegen aufgrund der geringen Fallzahl in den einzelnen Gruppen (N~50) einer hohen statistischen Unsicherheit; Kontrollgruppe: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl ohne weitere Information; Treatment: Handel: Information über Handelserleichterung durch EU-Mitgliedschaft und Anteil der deutschen Güterexporte in die EU; Treatment: Handel mit Bsp.: Information über Handelserleichterung durch EU-Mitgliedschaft und Anteil der deutschen Güterexporte in die EU sowie der damit verbundene Warenwert und Arbeitsplätze; fehlende Angabe zu 100 Prozent: teils/teils; BSW=Bündnis Sahra Wagenknecht. Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Abbildung 3-4 stellt die Unterschiede zwischen Kontrollgruppe und den beiden Treatment-Gruppen dar, denen Informationen über die Bedeutung des EU-Binnenmarktes bereitgestellt wurde. Die Unterschiede des Anteils derjenigen, die die Wahl als „eher wichtig“ und „sehr wichtig“ einschätzen, beträgt zwischen Kontroll- und Treatment- Gruppe unter AfD-, BSW- und Grünen-Anhängern rund 5 Prozentpunkte. Am stärksten überzeugen die Informationen über die Bedeutung der EU für die deutsche Wirtschaft innerhalb der wirtschafts-

⁴ Bei den Auswertungen auf Ebene der Parteianhängerschaften muss beachtet werden, dass mit der im Vergleich zur Betrachtung des gesamten Samples geringeren Beobachtungszahl größere statistische Unsicherheiten einhergehen.

liberalen FDP-Anhängerschaft. Die Informationen wirken in allen Parteianhängerschaften positiv auf die Bedeutungszumessung der Europawahl; bei allen Anhängerschaften sinkt der Anteil, der die Wahl als „eher nicht wichtig“ oder „gar nicht wichtig“ wahrnimmt. Eine sehr starke Reduktion von über 10 Prozentpunkten dieser Gruppe zeigt sich unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. Gerade die Zusatzinformation, dass der EU-Binnenmarkt Millionen deutscher Arbeitsplätze sichert, scheint hier zu verfangen.

Der Vergleich zwischen dem Bereitstellen von Informationen entweder über den grundsätzlichen Einfluss der EU auf die deutsche Gesetzgebung oder über die Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft zeigt, dass sich beide positiv auf die Bedeutungszumessung der Europawahl auswirken können. Die Betonung der Bedeutung der EU für die deutsche (Export-)wirtschaft verfängt dabei noch stärker. Auffällig ist, dass die ökonomischen Argumente besonders bei FDP-Anhängerschaft wirken, wohingegen der Hinweis auf das politische Gewicht der EU bei Anhängerinnen und Anhängern der Linken ankommt.

4 Einstellungen zur Europapolitik

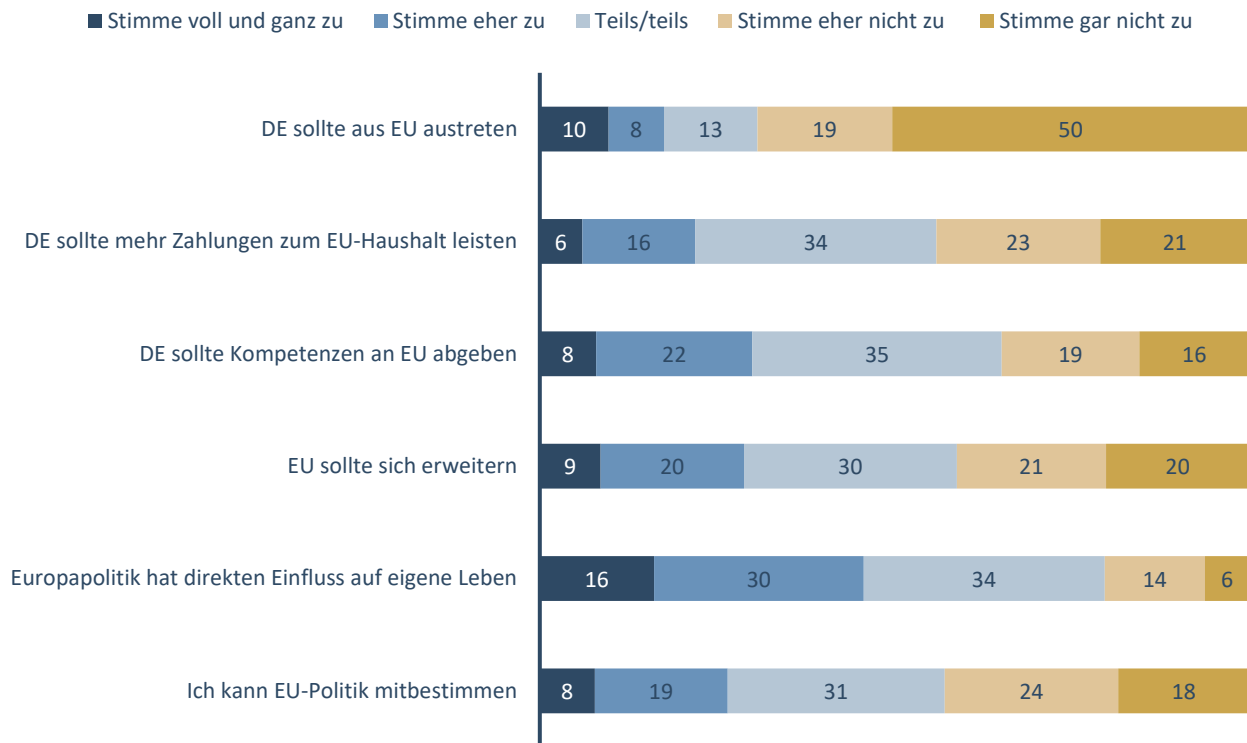
Neben der aktuellen Debatte um die Europawahl ist von Interesse, welche Vorstellungen die Befragten mit der EU verbinden. Eine ganz grundlegende Fragestellung ist dabei, inwiefern Deutschland aus der EU austreten solle. Diese vormalig abstrakte Überlegung hat durch die Unterstützung der AfD für einen sogenannten „DEXIT“ an Brisanz gewonnen. Die deutliche Mehrheit von knapp 70 Prozent der Befragten lehnt einen Austritt Deutschlands aus der EU ab (siehe Abbildung 4-1, erster Balken). Mit 17,5 Prozent gibt es in der IW-Personenbefragung 2024 aber gleichzeitig einen nicht unerheblichen Anteil, der dieser Aussage „eher“ (knapp 8 Prozent) oder sogar „voll und ganz“ (knapp 10 Prozent) zustimmt. Die Zustimmung zu einem „DEXIT“ ist damit in der IW-Personenbefragung etwas stärker ausgeprägt als in vergleichbaren Umfragen. Im Rahmen des European Social Survey (ESS) wurde beispielsweise Ende 2021 gefragt, ob im Falle einer Volksabstimmung für die Fortsetzung der Mitgliedschaft oder für einen Austritt Deutschlands aus der EU gestimmt würde. Von den rund 7.500 Befragten, die eine valide Antwort für „Verbleib“ oder „Austritt“ angaben, stimmten 11 Prozent für einen Austritt und 89 Prozent für einen Verbleib in der EU. In einer Umfrage Anfang Juni 2023 von infratest dimap für den ARD-DeutschlandTrend unter 1.302 Wahlberechtigten stimmten 14 Prozent eher zu, dass Deutschland aus der EU austreten solle, 79 Prozent eher dagegen (Ehni, 2023). In einer zufallsbasierten Telefonbefragung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Sommer 2023 (n=4.010) sprachen sich 10 Prozent für einen Austritt aus, gegenüber 87 Prozent für eine Fortsetzung der Mitgliedschaft (Neu, 2023). Eine Erklärung für die abweichenden Antworten in der IW-Personenbefragung kann darin begründet liegen, dass sich – im Gegensatz zu den zitierten Befragungen – Befragte zum einen durch die Antwortkategorie „teils/teils“ einer eindeutigen Festlegung entziehen konnten und zum anderen auch eine weitere Differenzierungsmöglichkeit bei Zustimmung („eher“, „voll und ganz“) und Ablehnung („eher nicht“, „überhaupt nicht“) bestand.

Vor dem Hintergrund einer möglichen Antwort-Selektivität sollte zudem bedacht werden, dass in der vorliegenden Befragung europaskeptische Haltungen stärker zum Ausdruck gebracht werden. Die abgebildete Europaskepsis fällt jedoch nicht aus dem Rahmen bestehender Meinungsbilder. Schließlich stimmen in der Face-to-Face-Eurobarometer-Befragung (Befragungszeitraum: Oktober bis November 2023) nur 21 Prozent der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass Deutschland besser für die Zukunft gerüstet wäre, wenn es nicht Mitglied der EU wäre (Europäische Kommission, 2023, T100). 71 Prozent stimmen dem „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu (Rest: „weiß nicht“). Im Politbarometer-Extra Europa vom Mai 2024 gibt eine Mehrheit von 59 Prozent der Befragten an, die EU-Mitgliedschaft bringe Deutschland überwiegend

Vorteile. Allerdings ist eine ähnlich große Gruppe unzufrieden damit, „wie auf europäischer Ebene Politik gemacht wird“ (ZDF, 2024).

Abbildung 4-1: Einschätzung zur Europapolitik

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



DE=Deutschland

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Ein radikaler Schritt wie der DEXIT wird jedenfalls von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt. Gleichzeitig drücken die Befragten in der IW-Personenbefragung keine mehrheitliche Zustimmung dafür aus, die EU stärken zu wollen, sei es durch mehr finanzielle Mittel oder durch eine Erweiterung ihrer Kompetenzen (siehe Abbildung 4-1, zweiter und dritter Balken).⁵ In der Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2023 spricht sich mit knapp der Hälfte der Befragten ein etwas größerer Anteil der Deutschen dafür aus, mehr Entscheidungen auf der EU-Ebene zu treffen. Doch das Verhältnis zwischen Zustimmung (48 Prozent) gegenüber Ablehnung (43 Prozent) fällt hier ähnlich aus wie die Anteile für Zustimmung (35 Prozent) und Ablehnung (30 Prozent) bei der Frage zu einer möglichen Erweiterung der Kompetenzen der EU in Abbildung 4-1. Der wesentliche Unterschied in diesem Stimmungsbild scheint auch hier darauf zurückzugehen, dass in der IW-Personenbefragung jeweils rund ein Drittel der Befragten keine klare Meinung zu einer möglichen Stärkung der EU ausdrücken („teils/teils“). Im ARD-DeutschlandTREND vom Mai 2024 überwiegt demgegenüber mit 48 Prozent der Befragten deutlicher die Gruppe derjenigen, die „in den nächsten Jahren [die] Zusammenarbeit vertiefen und weitere Zuständigkeiten an die EU abgeben“ würden gegenüber 30 Prozent, die Zuständigkeiten zurückholen möchten. 14 Prozent geben an, „nichts Wesentliches ändern“ zu wollen (infratest dimap, 2024).

⁵ Generell gibt es eine positive Korrelation zwischen der Zustimmung zu einer Vergrößerung der Kompetenzen der EU und einem größeren finanziellen Beitrags Deutschlands zum Budget der EU.

Auch für eine mögliche Erweiterung der EU, wie sie derzeit mit Bezug auf den Westbalkan oder die Ukraine diskutiert wird, drücken die Befragten unter Berücksichtigung der Unschlüssigen keine mehrheitliche Zustimmung aus, wenngleich sich unter den Festgelegten mehr Zustimmung als Ablehnung zeigt. Mit Blick auf eine mögliche Erweiterung der EU um weitere Mitgliedstaaten hatte eine Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2023 ein kritischeres Stimmungsbild zutage gefördert: 51 Prozent sprachen sich dagegen aus, 38 Prozent dafür, weitere 11 Prozent hatten die Antwort verweigert oder „weiß nicht“ gewählt. In der Gesamtschau zeigt das Stimmungsbild damit ein klares Bekenntnis zur EU, gleichzeitig geht aus den Befragungsergebnissen eine gewisse Veränderungsresistenz hervor: Die EU und der deutsche Beitrag dazu solle sich nicht in großem Stile wandeln. Allzu große Veränderungen werden weder hinsichtlich stärkerer Integration noch in Richtung einer breiten Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene goutiert.

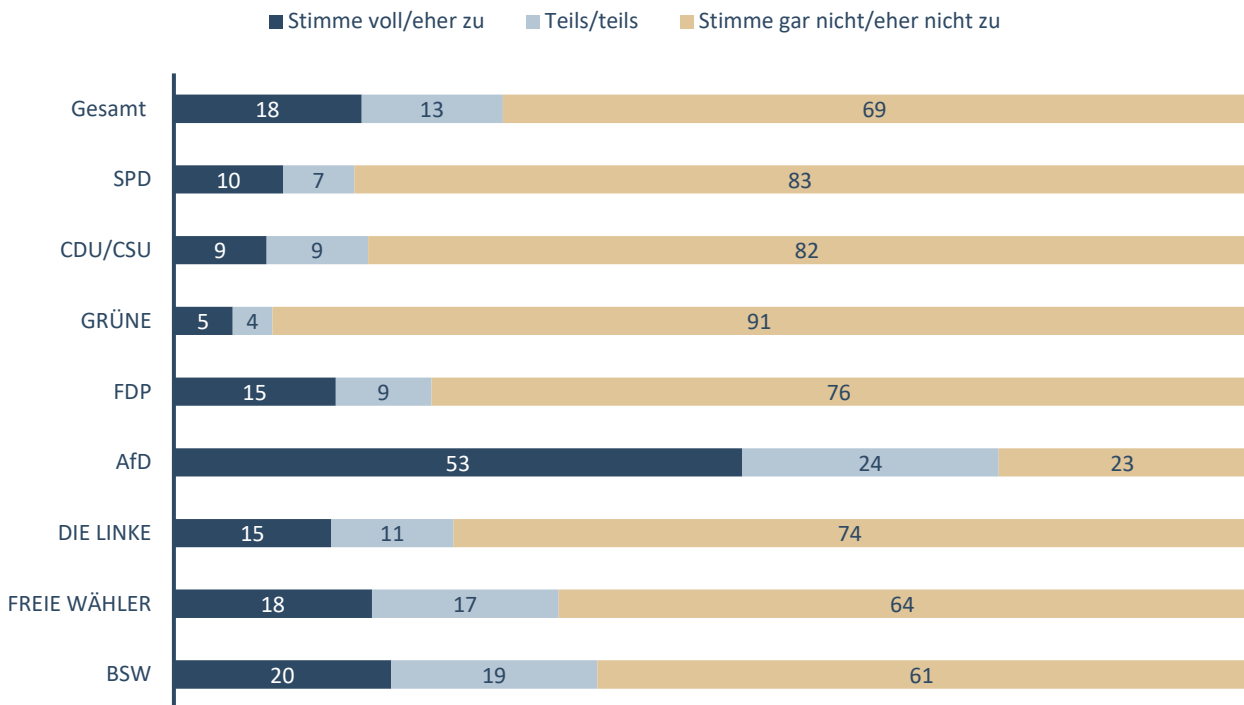
Unabhängig davon, welche Vorstellungen hinsichtlich der künftigen Europapolitik bestehen, nimmt eine überwältigende Mehrheit von rund 80 Prozent der Befragten mindestens „teils/teils“ einen direkten Einfluss der Europapolitik auf das eigene Leben wahr (Abbildung 4-1, fünfter Balken). Beinahe die Hälfte der Befragten (rund 46 Prozent) stimmen diesem „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Ein demokratisch gewähltes Parlament kann nur insofern als legitime Volksvertretung verstanden werden, wenn bei der Wählerschaft das Gefühl vorherrscht, dass sie die Politik zumindest abstrakt mitbestimmen können. Werden auch hier diejenigen mitgezählt, die die Aussagen mit „teils/teils“ beantworten, ist dies bei knapp 60 Prozent der Befragten bezüglich der EU-Politik zumindest teilweise der Fall (Abbildung 4-1, sechster Balken). Als Warnung mag herhalten, dass knapp 27 Prozent explizit nicht das Gefühl artikulieren, EU-Politik mitbestimmen zu können.

Mit Blick auf die Zustimmung zu einem deutschen EU-Austritt zeigt sich insbesondere bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD eine merkliche Abweichung vom gesamtgesellschaftlichen Stimmungsbild (siehe Abbildung 4-2). Über 50 Prozent ihrer Anhängerschaft würde einen „DEXIT“ befürworten. Im Vergleich zur bereits zitierten Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, in der 42 Prozent derjenigen mit AfD-Präferenz für einen EU-Austritt Deutschlands stimmen würden (Neu, 2023), fällt die EU-Skepsis unter den AfD-Anhängerinnen und Anhängern in der IW-Personenbefragung im Frühjahr 2024 noch einmal ausgeprägter aus. Im ESS werden politische Präferenzen nicht über die aktuelle politische Stimmung, sondern über die Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl sowie die Parteibindung abgefragt. Von denjenigen, die angaben, bei der Bundestagswahl 2021 mit der Zweitstimme die AfD gewählt zu haben, kreuzten knapp 65 Prozent an, für einen Austritt zu votieren, von denjenigen mit Parteibindung zur AfD sogar knapp 68 Prozent. Je nach Umfragedesign und Abfrage der Parteipräferenz unterscheidet sich somit die Nuancierung des Stimmungsbilds. Allen Umfragen ist jedoch gemein, dass bei Differenzierung nach Partei- oder Wahlpräferenz einzig bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD eine derart ausgeprägte EU-Austrittspräferenz hervorsticht. Im größten Kontrast dazu stehen die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen, bei denen nur 5 Prozent für einen Austritt votieren. Auffällig ist zudem, dass die Einstellungen der BSW-Anhängerschaft bei dieser Frage viel eher mit jenen der Freien Wähler als mit jenen der weniger europakritischen Linken korrespondieren, obgleich die BSW aus der Linken hervorgegangen ist.

Auch eine finanzielle Stärkung oder Kompetenzerweiterung der EU stößt bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD auf große Ablehnung (siehe Abbildung 4-3). Ganz in diesem Sinne, lehnen auch über 70 Prozent der AfD-Anhängerschaft eine EU-Erweiterung ab. Stark ablehnend zeigen sich hier zudem die Anhängerschaften von Freien Wähler und BSW. Im Gegensatz begrüßen die Sympathisanten von SPD, Grünen und Linken, eine Stärkung der EU durch mehr Kompetenzen oder finanzielle Ressourcen. Auffällig ist erneut die Differenz zwischen den Anhängerschaften des BSW und der Linken.

Abbildung 4-2: Einschätzung „Deutschland sollte aus EU austreten“, nach Parteien

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



BSW= Bündnis Sahra Wagenknecht.

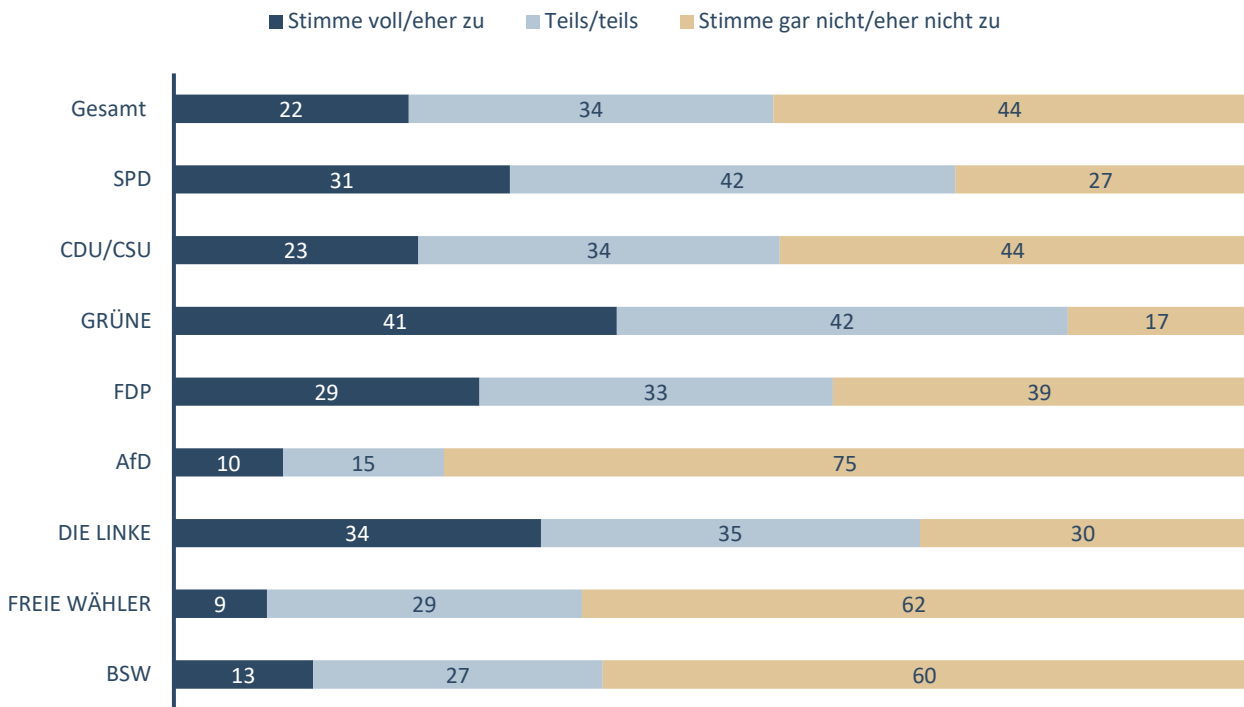
Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Mit Blick auf den empfundenen Einfluss der Europapolitik auf das eigene Leben offenbart sich eine vergleichsweise geringe Differenzierung nach Parteipräferenzen. Dabei gilt zu beachten, dass die Aussage keine normative Wertung beinhaltet; der Einfluss kann sowohl als positiv als auch als negativ empfunden werden. In Verbindung mit der beobachteten EU-Austrittspräferenz unter den Anhängerinnen und Anhänger der AfD lässt sich etwa vermuten, dass diese den Einfluss als eher negativ wahrnehmen.

Bezüglich der Einschätzung, ob Befragte das Gefühl haben, dass sie die Politik zumindest abstrakt mitbestimmen können, gibt es wiederum große Unterschiede zwischen den Wählerschaften. In der AfD-Anhängerschaft teilen nur 13 Prozent diese Meinung, während über zwei Drittel nicht das Gefühl haben, die EU-Politik mitbestimmen zu können. Kongruent hierzu steht das häufig beschworene Bild einer „Brüsseler Blase“, auf die man wenig Einfluss hat, und letztlich auch die Befürwortung eines Ausbruchs daraus. Ähnlich fremdbestimmt wie die AfD-Anhängerschaft fühlen sich jene der Freien Wähler und des BSW. Hingegen ist der Anteil, der dieser Aussage zustimmt bei den Anhängerinnen und Anhängern der Linken fast doppelt so hoch wie bei dem BSW. Besonders ausgeprägt ist das Gefühl, die EU-Politik mitbestimmen zu können, unter den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen.

Abbildung 4-3: Einschätzung „Deutschland sollte mehr in den EU-Haushalt einzahlen“, nach Parteien

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent

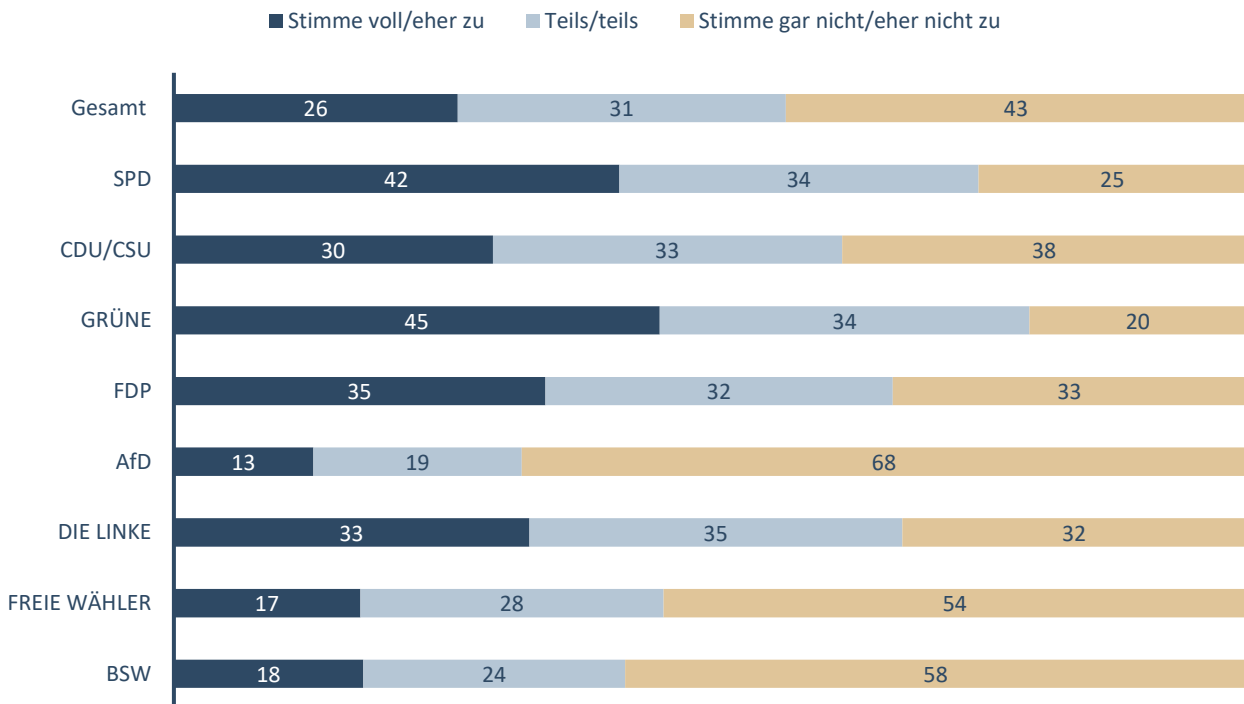


BSW= Bündnis Sahra Wagenknecht.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Abbildung 4-4: Einschätzung „Ich kann EU-Politik mitbestimmen“, nach Parteien

Anteile der Befragten mit der jeweiligen Einschätzung, in Prozent



BSW= Bündnis Sahra Wagenknecht.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Neben der Aufschlüsselung nach Parteipräferenz sollen im Folgenden weitere Einflussfaktoren für die Einstellungen zu Europa in den Blick genommen werden. Hierfür wurden Regressionsmodelle geschätzt, die Aufschluss über den Zusammenhang zwischen verschiedenen subjektiven Einschätzungen und sozio-demografischen Merkmalen (unabhängige Variablen) mit den Einstellungen zur EU (abhängige Variablen) geben können. Die Tabellen A1 und A2 im Anhang stellen beispielhaft die Schätzergebnisse verschiedener logistischer Regressionsanalysen dar, bei denen jeweils Einflussfaktoren darauf geschätzt werden, ob die Befragten den jeweiligen Aussagen zur EU „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen.⁶ Die Regressionskoeffizienten sind in sogenannten Odds Ratios ausgedrückt. Ein Koeffizient größer eins (kleiner eins) deutet darauf hin, dass die jeweilige Variable mit einer höheren (geringeren) Wahrscheinlichkeit einhergeht, dass Befragte der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Ab einem Signifikanzniveau von 5 Prozent wird typischerweise von einem statistischen signifikanten Zusammenhang zwischen den beiden Größen ausgegangen. Bei der Interpretation gilt es zu beachten, dass bei den Schätzungen zum EU-Austritt (Spalte 1) eine Zustimmung eher eine europaskeptische Haltung ausdrückt, während eine Zustimmung bei den Schätzungen (2) bis (4) eine proeuropäische Haltung ausdrückt – sich viele Einflussfaktoren entsprechend umkehren. Zudem sind die Zusammenhänge einzelner Variablen als sogenannte ceteris-paribus-Veränderungen zu interpretieren, das heißt, die Koeffizienten repräsentieren jeweils den Einfluss einer Variablen, wenn alle übrigen Variablen konstant gehalten werden, sprich, wenn diese ein vergleichbares Niveau aufweisen würden.

Mit Blick auf die Einflüsse der sozio-demografischen Merkmale zeigt sich, dass eine höhere schulische Bildung mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einhergeht, dass Befragte sich für einen DEXIT aussprechen (Tabelle A1). Das Haushaltsnettoeinkommen der Befragten weist hingegen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit auf, in der Befragung eine Präferenz für einen DEXIT zu äußern. Bezüglich des Zusammenhangs mit dem Alter der Befragten deutet sich an, dass Ältere eine geringere Wahrscheinlichkeit aufweisen, für einen EU-Austritt zu stimmen. Entsprechend zeigt eine Kreuztabelle zwischen den Einstellungen zum EU-Austritt und Altersgruppen ohne gleichzeitige Berücksichtigung weiterer Variablen die geringste Zustimmung zu einem möglichen DEXIT bei den ab 65-Jährigen (14 Prozent), die höchste Zustimmung besteht unter den 50- bis 64-Jährigen (20 Prozent). In der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen liegt die Zustimmung mit 18 Prozent im durchschnittlichen Stimmungsbild der Befragung. Männer stimmen einem möglichen „DEXIT“ häufiger zu. Eine Erklärung für den in allen Schätzungen zu beobachtenden Gender-Effekt dürfte darin liegen, dass Frauen sich bei allen Aussagen merklich häufiger für die Aussage „teils/teils“ entscheiden, die nicht zur Gruppe derjenigen gezählt wird, die den Aussagen jeweils zustimmen. Der Siedlungstyp des Wohnorts offenbart keinen statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Präferenz für einen EU-Austritt, während eine höhere subjektive Schichteinordnung die Wahrscheinlichkeit verringert, sich für einen EU-Austritt Deutschlands auszusprechen.

Bezüglich der Zusammenhänge mit weiteren politischen Einstellungen deutet Tabelle A2 daraufhin, dass eine Präferenz für einen „DEXIT“ häufig auch mit einer Unzufriedenheit mit „der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“ einhergeht. Ebenso stimmen Befragte, die sich für eine Lockerung der Klimapolitik und der Russland-Sanktion aussprechen, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für einen DEXIT.⁷ Gleiches gilt für

⁶ Für diejenigen Befragten, die der jeweiligen Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen, nimmt die abhängige Variable somit den Wert eins an, für alle übrigen Befragten den Wert null.

⁷ Die politischen Einstellungen zu Umverteilung, Klimapolitik, Zuwanderung und Russland-Sanktionen werden jeweils über einen Schieberegler von 0 bis 100 abgefragt, beispielsweise: Hinsichtlich des [Klimawandels] gibt es unterschiedliche Einschätzungen, wie viel der deutsche Staat tun sollte. Wie würden Sie Ihre Position einordnen? Der Staat sollte seine [Klimapolitik] lockern (0), beibehalten (50) oder verschärfen (100).

diejenigen Personen, die in der IW-Personenbefragung 2024 eine Präferenz für eine Verschärfung der Zuwanderung sowie für eine Ausweitung der Umverteilungspolitik ausdrücken.

Mit Blick auf die Zustimmung zu einer möglichen Ausweitung der Zahlungen an den EU-Haushalt (2), einer Erweiterung der Kompetenzen (3), der Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten (4) sowie auch zur empfundenen Mitbestimmung (6) zeigen sich weitestgehend vergleichbare Zusammenhänge mit den untersuchten Variablen. Ein höheres Einkommen und eine höhere subjektive Schichteinordnung gehen tendenziell mit einer Präferenz für eine Stärkung der EU einher, während Ältere sowie Befragte, die im ländlichen Raum leben, dieser seltener zustimmen (Tabelle A1). Befragte, die einen positiven Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben, weisen häufiger proeuropäische Präferenzen auf (Tabelle A2). Dies gilt ebenso für Befragte, die eine Präferenz für eine stärkere staatliche Umverteilung ausdrücken, für eine verstärkte Klimapolitik, für striktere Russland-Sanktionen sowie zumindest mit Blick auf höhere Zahlungen und eine mögliche Erweiterung für diejenigen, die sich weniger stark für eine Restriktion der Zuwanderung aussprechen.

Die beobachtbaren Einflussfaktoren für eine Zustimmung zur Frage, ob Europapolitik einen direkten Einfluss auf das eigene Leben hat (5), zeichnen wiederum ein anderes Bild. Zum einen weisen die berücksichtigten Variablen grundsätzlich einen geringeren Erklärungsgehalt für die Variation in den Einstellungen auf, zum anderen offenbaren insbesondere die berücksichtigten politischen Einstellungen kaum statistische Zusammenhänge mit der abhängigen Variablen (Tabelle A2). Eine höhere schulische Bildung, ein höheres Einkommen sowie ein Leben in der Stadt erhöhen hingegen die Wahrscheinlichkeit, einen Einfluss der Europapolitik auf das eigene Leben anzugeben (Tabelle A1).

Zuletzt gilt es mit Blick auf die in Tabelle A1 und A2 identifizierten Zusammenhänge anzumerken, dass sich die Stärke der Zusammenhänge aufgrund der unterschiedlichen Skalen der einzelnen Variablen nicht untereinander vergleichen lassen. Regressionen auf Basis von sogenannten Beta-Koeffizienten, bei denen die ursprünglichen Maßeinheiten mittels Standardisierung in eine einheitliche Skala transformiert wurden, deuten darauf hin, dass insbesondere die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Demokratie in Deutschland sowie die Einstellungen zu den verschiedenen Politikbereichen starke Zusammenhänge mit den Einstellungen zur EU offenbaren. Grundsätzlich deuten die Regressionsanalysen an, dass die Gesamtheit der Einschätzungen zur Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Politik einen höheren Erklärungsbeitrag für die Variation der Einstellungen zur EU aufweisen als die sozio-demografischen Merkmale.

5 Fazit

Die diesjährige Wahl des Europäischen Parlaments fällt in eine Zeit, in der die EU in die Defensive geraten ist und die erstarkenden politischen Ränder offenen Widerstand an der „Brüsseler Blase“ vortragen. Dabei fällt die Wahlbeteiligung an den Europawahlen traditionell geringer aus als bei nationalen Wahlen und dass, obwohl die Kompetenzen der EU und des Europäischen Parlaments sukzessive zugenommen haben (Diermeier et al., 2024). Umso wichtiger erscheint, dass die Wahlberechtigten die grundsätzliche Relevanz der EU-Wahl erkennen und so Einfluss auf diese bedeutsame politische Ebene nehmen.

Die vorliegende Studie zeigt auf Basis der IW-Personenbefragung 2024, dass rund 62 Prozent der Deutschen die EU-Wahl für wichtig halten. Der Anteil liegt damit in etwa so hoch wie die Wahlbeteiligung im Jahr 2019. Die Empfindung für diese Relevanz kann um rund 6 Prozentpunkte gesteigert werden, wenn die Befragten

über den Einfluss der EU auf die deutsche Gesetzgebung informiert werden, und sogar um rund 8 Prozentpunkte, wenn zusätzlich noch ein konkretes Gesetz (Abschaffung der Roaming-Gebühren) genannt wird. Mit einer Information über die Bedeutung des EU-Binnenmarktes für die deutsche (Export-)Wirtschaft steigt die empfundene Relevanz der EU-Wahl auf knapp über 70 Prozent, ein Plus von 8,6 Prozentpunkten. Wenn zusätzlich noch darauf hingewiesen wird, dass Millionen deutsche Arbeitsplätze auf den EU-Binnenmarkt zurückzuführen sind, steigt der Effekt auf 9,6 Prozentpunkte. Die Informationen wirken in allen Parteienanhängerschaften positiv auf die Bedeutungszumessung der Europawahl. Auffällig ist, dass die ökonomischen Argumente besonders bei der FDP-Anhängerschaft wirken, wohingegen der Hinweis auf das politische Gewicht der EU bei Anhängerinnen und Anhängern der Linken verfängt.

Diese Befunde lassen vermuten, dass sowohl die Bedeutung der EU auf die deutsche Gesetzgebung als auch auf die Wirtschaft unterschätzt wird. Würden diese Informationen die Wahlberechtigten erreichen, könnte die Bedeutung, die der Wahl zugemessen wird, vergrößert werden. Dies ist insofern relevant, da die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte explizit angeben, nicht an der Europawahl teilnehmen zu wollen steigt, wenn sie diese als unwichtig einschätzen. Im Umkehrschluss legen die Befunde nahe, dass es für die Erhöhung der Wahlbeteiligung förderlich sein kann, gezielt über den Einfluss der EU zu informieren. Um diese Befunde zu erhärten, sollten weitere Forschungsarbeiten die langfristige Informationsdissemination in den Fokus nehmen. Die vorliegenden Befragungsexperimente deuten zweifellos an, dass Hinweise auf die Bedeutung der EU, die Bedeutungszumessung zur Europawahl zu steigern vermögen. Allerdings gilt es weiter zu untersuchen, ob eine verbesserte Informationslage tatsächlich langfristig vorhält und die Wahlbeteiligung nachhaltig steigern kann.

Befragt nach der Zukunft der EU zeichnet sich in der Gesamtschau zwar ein klares Bekenntnis zur EU ab, gleichzeitig geht aus den Befragungsergebnissen eine gewisse Veränderungsresistenz hervor. Deutliche Ablehnung gibt es für einen „DEXIT“, gleichzeitig findet sich aber auch keine eindeutige Mehrheit für die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten, für eine Stärkung der Kompetenzen der EU oder deren bessere finanzielle Ausstattung. Der Blick in die Parteienanhängerschaften zeigt die tief verankerte Europaskepsis der AfD-Anhängerschaft, die als einzige in großen Teilen einem „DEXIT“ zuneigen und nur zu geringen Teilen das Gefühl hat, die Politik in Brüssel mitbestimmen zu können. Sympathisanten von Freien Wählern und BSW sehen zwar eine stärkere finanzielle Beteiligung Deutschlands an der EU besonders kritisch, gleichzeitig lehnen sie einen EU-Austritt aber mit großer Mehrheit ab. Als Kontrastfolie bildet sich zwar die proeuropäische Anhängerschaft der Grünen heraus, auch hier besteht allerdings keine Mehrheit für einen stärkeren Beitrag Deutschlands an den EU-Haushalt.

Passend zu den großen Unterschieden zwischen den Wählerschaften belegen Regressionsanalysen, dass die politischen Einstellungen zu den strittigen Politikfeldern Migration, Klimawandel, Umverteilung und Russland-Sanktionen wichtige Prädiktoren für die Einstellungen gegenüber der Europäischen Integration oder Desintegration darstellen. Menschen, die sich für mehr Umverteilung, eine verstärkte Klimapolitik, striktere Russland-Sanktionen und eine liberalere Zuwanderungspolitik aussprechen, ordnen sich eher dem integrationsfreundlichen Lager zu. Mit Blick auf sozio-demografische Charakteristika sprechen sich Ältere, Menschen aus dem ländlichen Raum sowie Menschen, die sich eher niedrigen sozialen Schichten zuordnen, seltener für eine Stärkung der EU aus. Grundsätzlich liefern die sozio-demografischen Merkmale jedoch einen merklich geringeren Erklärungsbeitrag für die beobachtete Varianz in den Einstellungen zur Europapolitik als subjektive Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Demokratie und den abgefragten Politikfeldern.

6 Abstract

Europe votes: Who cares and why?

This study, based on the IW-People Survey 2024, shows that around 62% of Germans consider the election of the European Parliament to be important. This is the result of around 5,200 respondents. The proportion is therefore roughly as high as the voter turnout in 2019. The perception of this relevance can be increased by around 6 percentage points if respondents are informed about the influence of the European Union (EU) on German legislation, and even by around 8 percentage points if a specific law (abolition of roaming charges) is also mentioned. With information about the importance of the European single market for the German (export) economy, the perceived relevance of the European elections rises to just over 70%, an increase of 8.6 percentage points. If it is also pointed out that millions of German jobs are attributable to the European single market, the effect rises to 9.6 percentage points. The information has a positive effect on the significance of the European elections for all party supporters. It is noticeable that the economic arguments are particularly effective among FDP supporters, whereas the reference to the political weight of the EU catches on among supporters of the left. The findings suggest that the significance of the EU for both German legislation and the economy is underestimated. If this information reached eligible voters, it could increase the importance attributed to the European elections. This is relevant insofar as respondents are more likely to explicitly state that they do not want to vote in the European elections if they consider them to be unimportant. Conversely, providing targeted information about the influence of the EU could be conducive to increasing voter participation in the European elections. In order to confirm these findings, further research should focus on the long-term effect of information dissemination.

When asked about the future of the EU, a clear commitment to the EU emerges overall, but the survey results also reveal a certain resistance to change. There is a clear rejection (69%) of a "DEXIT", but at the same time there is also no clear majority in favor of strengthening competencies, admitting additional member states or improving the EU's financial resources. A look at the party supporters shows the deep-rooted Euroscepticism of AfD supporters: they are the only ones (53%) to support a "DEXIT" and only a small proportion (13%) feel that they have a say in policy in Brussels. Although supporters of the Free Voters and the BSW are particularly critical of Germany's increased financial involvement in the EU, they also overwhelmingly reject an exit from the EU. The pro-European supporters of the Greens provide a contrast. Here too, however, there is no majority in favor of Germany making a greater financial contribution to the European budget.

In line with the large differences between the electorates, regression analyses show that political attitudes towards the controversial policy areas of migration, climate change, redistribution and Russia sanctions are important predictors of attitudes towards European integration. People who are in favor of more redistribution, a stronger climate policy, stricter Russia sanctions and a more liberal immigration policy are more likely to be in the pro-integration camp. In terms of socio-demographic characteristics, older people, people from rural areas and people from lower social classes are less likely to be in favor of strengthening the EU. In principle, however, the socio-demographic characteristics make a noticeably smaller contribution to explaining the observed variance in attitudes towards European policy than subjective assessments of economic development, democracy and the policy areas surveyed.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Gesetze“	8
Abbildung 3-2: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Handel“	9
Abbildung 3-3: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Gesetz nach Parteien“	10
Abbildung 3-4: Einschätzung Wichtigkeit der EU-Wahl – Treatment „Handel nach Parteien“	11
Abbildung 4-1: Einschätzung zur Europapolitik.....	13
Abbildung 4-2: Einschätzung „Deutschland sollte aus EU austreten“, nach Parteien	15
Abbildung 4-3: Einschätzung „Deutschland sollte mehr in den EU-Haushalt einzahlen“, nach Parteien.....	16
Abbildung 4-4: Einschätzung „Ich kann EU-Politik mitbestimmen“, nach Parteien.....	16

Anhang

Tabelle A1: Zusammenhänge zwischen Einstellungen zur EU und soziodemografischen Merkmalen

Logistische Regression, Ergebnisse in Log-Odds (Odds-Ratio/Chancenverhältnis = e^{β})

Abhängige Variable:	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1 = Zustimmung, 0 = Sonstige						
	EU-Austritt	Zahlungen ausweiten	EU-Kompe- tenzen	Erweiterung EU	Einfluss auf das Leben	Mitbestim- mung
Referenz: Hauptschul-/Realschulabschluss, kein Abschluss						
Hochschulzugangs- Berechtigung (Abitur)	0,684*** (0,056)	1,332*** (0,103)	0,981 (0,069)	1,149** (0,081)	1,764*** (0,113)	1,160** (0,084)
Referenz: Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500 Euro						
1.500 Euro bis unter 2.500 Euro	0,921 (0,105)	1,037 (0,118)	0,985 (0,101)	1,055 (0,109)	0,950 (0,087)	1,167 (0,130)
2.500 Euro bis Unter 4.000 Euro	1,076 (0,126)	1,133 (0,131)	1,252** (0,129)	1,189 (0,127)	1,234** (0,117)	1,356*** (0,153)
4.000 Euro oder mehr	0,991 (0,128)	0,991 (0,122)	1,316** (0,145)	1,082 (0,123)	1,281** (0,131)	1,236* (0,149)
Referenz: Altersgruppe 18 bis 34 Jahre						
35 bis 49 Jahre	1,010 (0,111)	0,687*** (0,066)	0,768*** (0,066)	0,722*** (0,064)	0,883 (0,075)	0,706*** (0,065)
50 bis 64 Jahre	0,980 (0,102)	0,524*** (0,051)	0,517*** (0,046)	0,563*** (0,050)	1,002 (0,083)	0,610*** (0,056)
65 Jahre und älter	0,672*** (0,075)	0,655*** (0,064)	0,573*** (0,051)	0,679*** (0,061)	0,961 (0,082)	0,722*** (0,067)
Referenz: Geschlecht weiblich/divers						
Männlich	1,503*** (0,111)	1,193*** (0,082)	1,367*** (0,085)	1,211*** (0,075)	1,507*** (0,086)	1,328*** (0,086)
Referenz: Wohnort Stadt						
Städtisches Umland	0,937 (0,088)	0,787*** (0,066)	0,819*** (0,063)	0,790*** (0,061)	0,795*** (0,057)	0,728*** (0,058)
Ländlicher Raum	1,068 (0,092)	0,651*** (0,054)	0,798*** (0,059)	0,795*** (0,059)	0,863** (0,059)	0,616*** (0,049)
Referenz: Subjektive Schichteinordnung Unterschicht/Arbeiterschicht						
Mittelschicht	0,663*** (0,061)	1,176* (0,105)	1,043 (0,083)	1,171* (0,096)	1,036 (0,075)	1,408*** (0,122)
Obere Mittelschicht/ Oberschicht	0,736** (0,106)	1,899*** (0,239)	1,298** (0,151)	1,605*** (0,189)	1,018 (0,113)	2,576*** (0,312)
Pseudo R-Quadrat	0,0240	0,0352	0,0262	0,0217	0,0328	0,0441
Beobachtungen	5.228	5.228	5.228	5.228	5.228	5.228

Robuste Standardfehler in Klammern, Schätzungen inkl. Konstante; *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$; Hinweis: Odds Ratio > 1 erhöht (Odds Ratio < 1 verringert) die Wahrscheinlichkeit für die Zustimmung.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)

Tabelle A2: Zusammenhänge zwischen Einstellungen zur EU und weiteren politischen Einschätzungen

Logistische Regression, Ergebnisse in Log-Odds (Odds-Ratio/Chancenverhältnis = e^{β})

Abhängige Variable: 1 = Zustimmung, 0 = Sonstige	(1) EU-Austritt	(2) Zahlungen ausweiten	(3) EU-Kompe- tenzen	(4) Erweiterung EU	(5) Einfluss auf das Leben	(6) Mitbestim- mung
Zufriedenheit mit...						
...der wirtschaftlichen. Entwicklung	1,049** (0,023)	1,115*** (0,022)	1,086*** (0,018)	1,120*** (0,019)	0,992 (0,014)	1,096*** (0,019)
...der Demokratie in Deutschland	0,860*** (0,017)	1,056*** (0,019)	1,003 (0,015)	1,058*** (0,017)	1,021 (0,013)	1,154*** (0,020)
...mit dem Leben im Allgemeinen	0,975 (0,017)	1,012 (0,019)	1,014 (0,015)	1,040** (0,018)	1,021 (0,013)	1,050*** (0,019)
Politikpräferenzen (Schieberegler von 0 = lockern/verringern bis 100 = verschärfen/ausweiten)						
Umverteilungspolitik ausweiten	1,003** (0,001)	1,007*** (0,002)	1,007*** (0,001)	1,009*** (0,001)	1,002 (0,001)	1,007*** (0,001)
Klimapolitik verschärfen	0,986*** (0,002)	1,015*** (0,002)	1,004*** (0,001)	1,006*** (0,001)	0,999 (0,001)	1,005*** (0,001)
Zuwanderungspolitik verschärfen	1,012*** (0,002)	0,990*** (0,001)	1,000 (0,001)	0,990*** (0,001)	0,997** (0,001)	0,992*** (0,001)
Russland-Sanktionen verschärfen	0,986*** (0,001)	1,005*** (0,002)	1,005*** (0,001)	1,012*** (0,001)	0,999 (0,001)	1,005*** (0,001)
Pseudo R-Quadrat	0,184	0,131	0,0381	0,132	0,00260	0,122
Beobachtungen	5.228	5.228	5.228	5.228	5.228	5.228

Robuste Standardfehler in Klammern, Schätzungen inkl. Konstante; *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$; Hinweis: Odds Ratio > 1 erhöht (Odds Ratio < 1 verringert) die Wahrscheinlichkeit für die Zustimmung.

Quelle: IW-Personenbefragung Frühjahr 2024 im Online-Access Panel von Bilendi & respondi (N=5228)